Rettungspaket

Griechenland in Verzug

Griechenland hinkt bei der Umsetzung seiner Reformversprechen massiv hinterher. Von 110 sogenannten vordringlichen Maßnahmen, zu denen sich die Regierung von Ministerpräsident Alexis Tsipras verpflichtet hat, sind erst 51 verabschiedet. Das geht aus der dritten Überprüfung des aktuellen Hilfsprogramms hervor, das die EU-Kommission, die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds erarbeitet haben. „Die übrigen 59 Maßnahmen sind als unerledigt anzusehen, die griechischen Behörden haben sie noch nicht vollständig umgesetzt“, heißt es in dem Bericht. Dazu zählen beispielsweise Teile der Steuerreform. Tsipras bleibt nicht mehr viel Zeit. Seine Regierung muss ihre Zusagen bis zum 22. Januar erfüllen, sonst kann die nächste Tranche des Hilfspakets in Höhe von rund sieben Milliarden Euro nicht fließen. Dann beraten die Finanzminister aus der Eurozone über deren Auszahlung. Die Tranche ist Teil des dritten Hilfspakets für Griechenland, das ein Volumen von 86 Milliarden Euro hat und bis Ende August 2018 läuft. rei

Unternehmen

Bogner könnte Stiftung werden

Willy Bogner prüft die Umwandlung seiner Modefirma in eine Stiftung. Eine Sprecherin des Unternehmens erklärt, es gehe darum, wie der „Fortbestand“ der Firma „für die Zukunft gesichert werden kann“. Bogner wird in diesem Monat 76 Jahre alt. Der frühere Skifahrer, Filmemacher und Action-Kameramann („James Bond 007 – Im Angesicht des Todes“) versucht seit Jahren, das kriselnde Unternehmen, das ihm und seiner Tochter gehört, neu aufzustellen. Zuletzt wurden Läden geschlossen, der Vertrieb wurde verschlankt. Im November wechselte Bogner nach gerade einem Jahr den Vorstandsvorsitzenden aus; zuvor hatte der Senior das Unternehmen selbst geleitet. 2015 war der Versuch gescheitert, an ein Konsortium zu verkaufen, dem Daimler-Boss Dieter Zetsche und Ex-Fußballer Philipp Lahm angehörten. akü

PAUL LANGROCK / AGENTUR ZENIT

Windkraftpark in Brandenburg

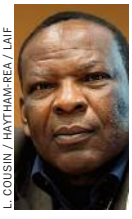
Energie

Entschädigung für Windräder

Kommunen sollen Geld für die Windräder auf ihrem Gemeindegebiet erhalten. Das ist ein Vorschlag der Denkfabrik Agora Energiewende, um Bürger zu besänftigen, die gegen Windanlagen in der Nähe ihrer Wohnorte kämpfen. Gemeinden könnten für jeden Höhenmeter der Windräder 100 Euro erhalten, für jedes Betriebsjahr könnten zehn Euro pro Meter folgen. Dazu kämen die Abgaben, die sich aus der Leistung der rund 200 Meter hohen Anlagen errechnen. Außerdem, so fordern die Experten der Denkfabrik, die auch die Bundesregierung berät, müssten die Bürger schon vor der förmlichen Antragstellung für eine neue Windkraftanlage angehört werden. „Die Menschen vor Ort müssen mehr davon haben, wenn neue Windräder in ihrer Nähe aufgestellt werden“, sagt Agora-Chef Patrick Graichen, etwa durch Geld für neue Kindergärten oder eine neue Stadthalle. Die Politik müsse Vorkehrungen treffen, um die bislang hohe Zustimmung zum weiteren Ausbau der Windenergie abzusichern. gt

Umweltzerstörung

„Den Schaden kleingerechnet“



L. COUSIN / HAYTHAM-REA / LAIF

Godwin Ojo, 51, Direktor von Friends of the Earth Nigeria, über den Prozess gegen den Ölgiganten Eni, der diese Woche in Mailand begonnen hat

SPIEGEL: Warum ziehen Sie gegen den italienischen Ölkonzern Eni vor Gericht?
Ojo: Wir haben das für die Bewohner von Ikebiri getan, eine Dorfgemeinschaft im Niger-Delta. Ein Leck in der Pipeline der nigerianischen Eni-Tochter NAOC hat im April 2010 ihre Lebensgrundlagen zerstört. Das Unternehmen hat dafür auch die Verantwortung übernommen. Viel mehr ist aber bisher nicht passiert.
SPIEGEL: Wie viele Menschen sind betroffen?
Ojo: Es geht um Fischer, Farmer und Kanubauer mit ihren Familien, insgesamt mindestens 5000 Menschen.
SPIEGEL: Hat Eni eine Entschädigung angeboten?
Ojo: Abgesehen von den etwa 6000 Euro für Hilfsgüter wurde der Schaden kleingerechnet. Sie haben ein Almosen von 14 000 Euro angeboten – für die ganze Gemeinde.
SPIEGEL: Warum haben Sie nicht vor einem nigerianischen Gericht geklagt?
Ojo: Wir haben das erwogen, allerdings werden Urteile hier nicht durchgesetzt. 2005 etwa verhängte der Federal Court gegen Shell ein Verbot, Gas im Niger-Delta abzufackeln. Auf seine Vollstreckung warten die Bewohner der Gegend bis heute.
SPIEGEL: In Italien ist bisher noch kein Unternehmen wegen Menschenrechtsverletzungen in Übersee erfolgreich verklagt worden. Was hat Sie zu dem Schritt ermutigt?
Ojo: Der sogenannte Bodo-Shell-Fall in London. Auch da ist mit einer verseuchten Gemeinde im Niger-Delta ein David gegen einen Goliath angetreten. Auch Shell versuchte, die verursachten Schäden kleinzurechnen. 5000 Dollar hatten sie zuerst angeboten. Am Ende mussten sie 83 Millionen Entschädigung zahlen. nkl

ROBIN VAN LONKHUIJSEN / ANP PHOTO / ACTION PRESS

Ölverschmutzung im Niger-Delta